SWP – aktuell

No. 67 / November 2000

Der „Sonnenschein“ über Korea wirft Schatten auf Japan. Geht der Kalte Krieg auch in Asien zu Ende?

Markus Tidten

Erstmals in der Geschichte des geteilten Koreas haben sich vom 13. bis 15. Juni 2000 die Regierungschefs beider Teilstaaten getroffen. Während Pyöngyang und Seoul beginnen, pragmatisch und konsensorientiert miteinander umzugehen – dafür bekam zumindest Südkoreas Kim Dae-jung den Friedensnobelpreis –, geraten die japanisch-nordkoreanischen Normalisierungsgespräche immer wieder ins Stocken. Für Japan rangiert die neuerliche Annäherung Nord- und Südkoreas nicht unbedingt an erster Stelle auf der Wunschliste politischer Entwicklungen. Daher zeigt sich Tokyo irritiert über die aktuellen Planungen der USA und anderer Staaten, mit Pyöngyang normale Beziehungen aufzunehmen. Augenscheinlich kümmert sich nicht einmal der wichtigste Allianzpartner Japans, die USA, um jene Gravamina im Verhältnis zu den beiden Koreas, die in Tokyos Augen nicht in Vergessenheit geraten oder der Torschlußhektik einer abtretenden US-Administration geopfert werden sollten. Eine endgültige Beendigung des Kalten Krieges auch in dieser Region hängt einerseits davon ab, wie Tokyo mit der Last seiner historischen Vergehen in Korea und mit seiner 600 000 Personen zählenden koreanischen Minderheit umgehen wird; andererseits aber auch davon, daß die in der Region wirkenden westlichen Staaten bei aller momentanen Nordkorea-Euphorie Japan nicht vernachlässigen.

Im Verlauf seines Japanbesuches vom 22. bis 24. September konnte der südkoreanische Präsident Kim Dae-jung seinem Gastgeber, Ministerpräsident Mori, über das historische Gipfelgespräch im Juni mit Nordkoreas Kim Jong-il berichten. Für Tokyo, das diesen bisher größten Erfolg der südkoreanischen „Sonnenscheinpolitik“ gegenüber Nordkorea offiziell würdigte, kommen mit dem ersten Nord-Süd-Gipfel seit Beendigung des Koreakrieges die Schatten der Vergangenheit wieder deutlicher zum Vorschein. Die Geschwindigkeit, mit der sich die Lage auf der koreanischen Halbinsel zu entspannen scheint, bringt Tokyo in Zugzwang. Während die USA sich nicht mehr scheuen, Nordkoreas drittwichtigsten Mann, den stellvertretenden Vorsitzenden des nordkoreanischen Verteidigungsrates, Cho Myong-nok, als Sonderbotschafter von Kim Jong-il zu Gesprächen (9. bis 12. Oktober) zu empfangen, treten die nordkoreanisch-japanischen Normalisierungsgespräche noch immer auf der Stelle. Tokyo befürchtet, daß in der amerikanischen und südkoreanischen Nordkorea-Euphorie der letzten Monate Japans Kontroversen mit dem Regime in Pyöngyang zweitrangig werden. Die Verleihung des Friedensnobelpreises an Kim Dae-jung (bezeichnenderweise nicht auch an Kim Jong-il) wirkte auf die amerikanischen Bemühungen um eine Normalisierung mit Nordkorea – die möglichst noch während Clintons Amtszeit zu sichtbaren Erfolgen führen sollen – beflügelnd.

Für Tokyo prescht Washington zu schnell voran

Eines der Hauptanliegen Cho Myong-noks bei seinen Gesprächen mit der US-Regierung

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)
Forschungsinstitut für Internationale Politik und Sicherheit
82067 Ebenhausen/Isar
Tel. 08178/700 - Fax 08178/70312
e-mail: swp@swp.extern.lrz-muenchen.de

im Oktober war offensichtlich die Streichung Nordkoreas von der Liste jener Staaten, die Terrorismus fördern. Die dabei zustande gekommene Vereinbarung, dem internationalen Terrorismus Einhalt zu gebieten, kann Tokyo nicht zufriedenstellen. Das zum Abschluß des Cho-Besuches in den USA verabschiedete gemeinsame Kommuniqué zeugt mit Blick auf die Entwicklung der nordkoreanisch-amerikanischen Beziehungen von einer atemberaubenden Geschwindigkeit.

Die wichtigsten Punkte des Kommuniqués lauten: 1. der Waffenstillstandsvertrag soll in einen Friedensvertrag überführt werden; 2. zwischen den Regierungen beider Staaten soll kein Feindschaftsverhältnis mehr bestehen; 3. die Lösung des Raketenproblems ist ein grundsätzlicher Beitrag zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen und zu Frieden und Stabilität in der Region Asien–Pazifik; 4. Nordkorea wird während der Verhandlungen über die Lösung der Raketenfrage keine weiteren Langstreckenraktentests durchführen; 5. zur Vorbereitung des Besuches von Clinton in Nordkorea wird Außenministerin Albright Nordkorea besuchen (der Besuch hat am 23. und 24. Oktober bereits stattgefunden; Clinton wird Nordkorea wahrscheinlich am 12. November, vor dem APEC-Gipfel, besuchen).

Für Japan sind insbesondere die Punkte 3 und 4 von Bedeutung, da sie seine Sicherheit direkt gefährden. Diplomatische Versuche Tokyos, die USA auch zur Berücksichtigung konkreter Anliegen der eigenen Pyöngyang-Agenda zu bewegen, scheinen in der Hektik der amerikanischen Nordkorea-Annäherung ins Hintertreffen zu geraten. Mittlerweile hat Madeleine Albright bereits Südkoreas Kim Dae-jung über ihre Gespräche mit Pyöngyang berichtet, hielt es aber offenbar nicht für nötig, auch dem wichtigsten Allianzpartner Japan einen Besuch abzustatten. Tokyo sieht seine in den letzten Jahren deutlich verbesserte Beziehung zu Südkorea durch Nordkorea-Initiativen Seouls und Washingtons gefährdet. Erschwerend wirkt der Umstand, daß Japan innenpolitisch geschwächt erscheint.

Japans innenpolitische Schwäche

Japans Ministerpräsident Mori steht vor einem Scherbenhaufen, den nicht zuletzt er selbst und Teile seiner Liberaldemokratischen Partei (LDP) zu verantworten haben: Die Opposition boykottierte wochenlang die Parlamentsdebatten wegen einer Kontroverse über eine Wahlrechtsreform (die in zukünftigen Wahlen die regierende LDP begünstigen würde, wie die Oppositionsparteien scharf kritisieren); und während des 3. ASEM-Gipfels in Seoul sorgte Ministerpräsident Mori für einen innerjapanischen Eklat mit seiner ungeschickten (offensichtlich weder mit seinem Beraterstab noch mit seinem Regierungssprecher abgestimmten) Frage an Englands Tony Blair, wie er sich die Rückführung der Japaner vorstellen könne, die gewaltsam von Nordkorea entführt worden sind. (Während die gesicherte Zahl der von nordkoreanischen Agenten entführten und zwecks „Umerziehung“ und Spionage-Ausbildung in nordkoreanische Zwangslager verbrachten Japaner kaum ein Dutzend ausmachen dürfte, legte das südkoreanische „Ministerium für die Wiedervereinigung“ dem Parlament auf dessen neuerliche Anfrage eine Liste von 217 Südkoreanern – meist Fischern – vor, die nach Nordkorea entführt worden sind und von denen es bis heute keinerlei Nachricht gibt.)

Die ungünstige Wirkung des Vorfalls auf dem 3. ASEM-Gipfel wird verständlich, wenn man sich vor Augen hält, daß Japans Presse seit Wochen ausführlich über den sogenannten „Entdeckung im Drittland“-Vorschlag berichtet. Gemeint ist eine Idee, die auf ein Gespräch einer LDP-Delegation (unter Führung von Mori, damals Leiter der LDP-internen politischen Abteilung) im November 1997 mit nordkoreanischen Regierungsvertretern zurückgeht. Absicht damals war es, der nordkoreanischen Seite als gesichtswahrende Option vorzuschlagen, die entführten Japaner in ein Drittland ausreisen zu lassen, um die „Vermißten“ dort „zufällig“ auffinden und nach Japan zurückbringen zu können.

Was die Oppositionsparteien und die breite japanische Öffentlichkeit besonders

erzümt, ist die Tatsache, daß Mori in unstaatsmännischer Weise Vorstellungen aus innersten japanischen Regierungs- und Parteikreisen mit dem Regierungschef eines unbeteiligten Landes erörtert.

Die Normalisierung der Beziehungen zwischen Tokyo und Pyöngyang scheint – zumindest gewinnt man momentan nicht zuletzt aufgrund der Berichterstattung in japanischen Medien diesen Eindruck – in Japans politischen Kreisen eine geringere Priorität zu haben als der Streit über zweifelhafte Urheberrechte eines Lösungsvorschlags, der ohnehin jetzt nicht mehr praktikabel erscheint, nachdem er so gründlich auf nationalen und internationalen Foren zerredet wurde.

Historische Erblasten behindern eine Normalisierung

Für Japans Schwierigkeiten mit seinem gefährlichsten Nachbarn (als solchen zeichnet ihn das neue Verteidigungsweißbuch) ist nicht nur der aktuelle Druck verantwortlich zu machen, der aus der Absicht einer Reihe von Staaten (darunter auch Italien und die Bundesrepublik Deutschland) resultiert, nach dem Vorbild der USA in Kürze diplomatische Beziehungen zu einem der absonderlichsten kommunistischen Erbfolgeregime aufzunehmen. Japans Nicht-Beziehung zu Nordkorea ist vor allem die Folge einer historischen Erblast, die mehr als ein halbes Jahrhundert lang vernachlässigt wurde.

Aus dieser Erblast erklärt sich das große Mißtrauen, das die Nord-, aber auch die Südkoreaner gegenüber den Japanern hegen. Während das Regime im Norden dieses Mißtrauen instrumentalisiert, ist es im Süden trotz beachtlicher Fortschritte auf diplomatischer Ebene in der breiten Masse und besonders bei den Koreanern in Japan immer noch vorhanden. Was vor 1945 im Namen des kaiserlichen Japan Korea und seiner Bevölkerung angetan wurde, ist den meisten Japanern kaum bewußt, da auch die Geschichtslehrbücher an Japans Schulen hierüber kaum und nur unklar informieren. Die historische Erblast hat Wurzeln, die bis in das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts zurückreichen.

Kolonisationspolitik nach europäischem Vorbild

Im Zuge des verhängnisvollen neuen Militarismus des japanischen Kaiserreichs gegen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts kam es rasch zu einer Kollision der Interessen Japans und Chinas, als Japan die Verhältnisse im chinesischen Vorfeld grundlegend veränderte. Nachdem Japan sich 1876 das bis dato unabhängige Königreich Ryukyu als Präfektur Okinawa einverleibt hatte, zwang es das Königreich Korea im japanisch-koreanischen Vertrag von Kanghwa, sich als unabhängiger Staat zu erklären.

Um seine Hegemonie über die koreanische Halbinsel abzusichern, hatte Tokyo zuvor ein geheimes Abkommen mit den USA getroffen, das sogenannte Taft-Katsura-Abkommen (benannt nach dem japanischen Ministerpräsidenten Katsura und US-Kriegsminister William H. Taft). Darin versicherte das japanische Kaiserreich, keinerlei expansive Absichten hinsichtlich der unter amerikanischem Protektorat stehenden Philippinen zu hegen. Im Gegenzug erkaufte es sich Amerikas Duldung einer verstärkten Kontrollgewalt über Korea. Auch Rußland räumte Japan im Friedensvertrag von Portsmouth (1905) das Recht ein, Korea als besondere Einflußsphäre zu behandeln.

Japanische Militäreinheiten zwangen Korea, am 17. November 1905 einen Vertrag zu unterzeichnen, in dem es einem japanischen Gouverneur umfassende Vollmachten in Korea einräumte. Verzweifelte Versuche des letzten freien koreanischen Königs Kojong, dieses Schicksal abzuwenden, schlugen fehl. Die von ihm zur zweiten Weltfriedenskonferenz im Juni 1907 nach Den Haag entsandten drei Vertreter, die die Weltöffentlichkeit auf den drohenden Souveränitätsverlust Koreas aufmerksam machen sollten, wurden deshalb nicht zugelassen, weil nach dem japanisch-koreanischen Vertrag von 1905 die Verwaltung der Außenpolitik Koreas dem japanischen Kaiserreich oblag.

Japan übte Vergeltung an dem unbotmäßigen König: Kojong mußte abdanken. An seiner Stelle wurde sein Sohn Sunjong in

Gegenwart des japanischen Kronprinzen zum Kaiser von Korea proklamiert. Die koreanische Armee wurde aufgelöst, die Polizei japanischer Befehlsgewalt unterstellt. Daraufhin brachen landesweit Partisanenkämpfe und bewaffnete Volksaufstände aus, die brutal niedergeschlagen wurden. Insgesamt sollen zwischen 1905 und 1909 mehr als 17 000 Koreaner gefallen sein. Im August 1910 wurde das Königreich Korea dann endgültig annektiert und de facto zu einer japanischen Kolonie gemacht.

Die nun anbrechende Phase des „kolonialen Totalitarismus“ sollte 35 Jahre dauern und erst mit der Kapitulation Japans nach dem Zweiten Weltkrieg enden. Ausbeutung von Land und Leuten (während dieser Zeit waren ca. 40% der landwirtschaftlichen Anbauflächen und Forstbestände Koreas im Besitz der japanischen Verwaltung) schien das Hauptbestreben der japanischen Zwangsverwaltung gewesen zu sein. Auf gewaltlose Demonstrationen (1919 gelang es einigen patriotischen Führern in Korea sogar, eine geheim gedruckte Unabhängigkeitserklärung zu verbreiten; Syngman Rhee, einer der prominentesten Führer der Unabhängigkeitsbewegung, wurde nach 1945 zum ersten Präsidenten der Republik Korea gewählt) folgten drakonische Vergeltungsmaßnahmen: Über tausend Koreaner wurden getötet, Tausende gefoltert und zu Gefängnisstrafen verurteilt, Hunderte von Häusern, Schulen und Kirchen niedergebrannt bzw. zerstört. Die Verluste auf japanischer Seite beliefen sich nur auf 7 Tote, hinzu kamen 130 Verwundete.

Mit Japans Eintritt in den Zweiten Weltkrieg erhielten die Bewohner der koreanischen Halbinsel besondere Bedeutung für die japanische Rüstungsindustrie. Zahlreiche Koreaner wurden zur Arbeit in japanischen Industriebetrieben und Bergwerken zwangsrekrutiert. Gegen Ende des Krieges wurden sie sogar zum Dienst in Japans Militär gezwungen. Auch die gewaltsame Rekrutierung koreanischer Frauen und Mädchen für Militärbordelle (die sogenannten „Trostfrauen“, wie diese Opfer einer menschenverachtenden Praxis euphemistisch bezeichnet werden) gehört zu Japans historischen Belastungen. (Am 18. September 2000 hat in den USA eine Gruppe dieser Frauen Anklage gegen die Regierung von Tokyo erhoben. Sie verlangen individuelle Kompensation und eine offizielle Entschuldigung Japans für die Leiden, die ihnen seinerzeit zugefügt wurden. Unter den 15 Klägerinnen sind 6 koreanische Frauen im Alter zwischen 70 und 80 Jahren.)

Das geteilte Korea entsteht

Kurz vor Ende des Pazifischen Krieges tauschten die USA, Großbritannien und die Volksrepublik China im Dezember 1943 auf der Dreimächtekonferenz in Kairo Vorschläge über die Zukunft eines von japanischer Vorherrschaft befreiten Koreas aus. Während China lediglich dafür plädierte, die Unabhängigkeit Koreas nach Kriegsende anzuerkennen, schlugen die USA vor, daß „dieses Land zu einem angemessenen Zeitpunkt nach der Niederlage Japans zu einem freien und unabhängigen Land werden soll“ (die frühere Formulierung: „zum frühestmöglichen Augenblick nach der Niederlage Japans“, wurde verworfen). Der britische Vorschlag war praktisch wortgleich mit dem der USA: Korea solle zu einem angemessenen Zeitpunkt (in due course) frei und unabhängig werden.

Der koreanische Unabhängigkeitstraum sollte jedoch sehr bald im Verlaufe des Kalten Krieges begraben werden. Im Koreakrieg 1950–53 wurde das Land erneut zum Spielball der Mächte und zum Ersatzkriegsschauplatz zwischen Ost und West. Der Waffenstillstandsvertrag, den Nord- und Südkorea 1953 schlossen, ist bis heute noch nicht zu einem Friedensvertrag gediehen. Ob er im Zuge der sogenannten „Sonnenscheinpolitik“ zustande kommen wird, die Südkoreas Kim Dae-jung im Frühjahr 1998 eingeleitet hat, ist fraglich.

Seouls erfolgreiche „Sonnenscheinpolitik“

Zwischen Pyöngyang und Seoul sind immerhin die ersten Früchte dieser „Sonnenscheinpolitik“ nicht mehr zu übersehen:

Familien, die länger als vier Jahrzehnte getrennt waren, können sich wieder besuchen, Telefon- und Postverbindungen werden langsam wieder aufgebaut, der Wiedererrichtung der seit 1953 unterbrochenen und verminten Kyongui-Bahnlinie zwischen Nord- und Südkorea wurde im Süden anläßlich einer Feierstunde am 18. September angekündigt (damit würde eine Bahnverbindung zwischen dem äußersten Süden Koreas und der chinesischen Grenze wieder nutzbar), und auch der Norden will demnächst mit den Bauarbeiten an diesem Projekt nördlich der entmilitarisierten Zone beginnen (während man die Kosten für den südlichen, 12 km langen Abschnitt bis September 2001 auf mindestens 54,7 Mrd. Won [ca. 106 Mio. DM] beziffert, werden für den Ausbau des Nordabschnitts, ebenfalls ca. 12 km, 89,9 Mrd. Won [ca. 174 Mio. DM] geschätzt).

Im September haben sich zudem die Verteidigungsminister beider Teilstaaten auf der Insel Cheju (ca. 300 km westlich von Kyushu, der südlichen Hauptinsel Japans) zu Konsultationen über die Beseitigung von Minen am 38. Breitengrad getroffen, der koreanischen „Zonengrenze“. Zwar entsteht der Eindruck, als habe auch Pyöngyang Schwierigkeiten, Schritt zu halten mit dem vom Seoul vorgelegten Annäherungstempo. Die verzögerte Einlösung konkreter Zusagen für eine Fortsetzung der Nord-Süd-Gespräche auf Ministerebene ist aber wohl eher auf die komplizierten Entscheidungswege im kommunistischen Regime zurückzuführen und weniger als beginnender Rückzug von der „Sonnenscheinpolitik“ zu verstehen. Zumindest Kim Jong-ils Äußerung gegenüber Madeleine Albright während ihres Pyöngyang-Besuches, wonach „der Prozeß der Nord-Süd-Annäherung unumkehrbar ist“, deutet in eine grundsätzlich positive Richtung. Anders verhält es sich mit der japanisch-koreanischen Normalisierung.

Bedingungen koreanisch-japanischer Normalisierung

Japans Normalisierungsgespräche mit Südkorea, die sich über 14 Jahre hingezogen hatten, wurden 1965 mit einem „ökonomischen Hilfsprogramm“ abgeschlossen. Tokyo hatte Seoul damals insgesamt 300 Mio. US-Dollar als Schenkung und 200 Mio. US-Dollar als besonders günstige Kredite zugesagt. Und Tokyo bemüht sich nolens volens weiterhin um eine stetige Verbesserung seiner Beziehungen zu Seoul.

Die Tatsache, daß man in Pyöngyang offenbar beginnt, pragmatisch zu denken, will oder kann Tokyo zur jetzigen Zeit nicht wahrnehmen. Nach wie vor sieht es in Pyöngyang ein feindliches totalitäres Regime, das gefährliche Provokationen und Terrorakte nicht scheut. Tokyo, pragmatisch und aktualitätsbezogen, will daher definitive und nachprüfbare Sicherheit vor nordkoreanischen Raketen, die rechtsstaatliche Aburteilung jener japanischen „Rote Armee“-Terroristen, die 1970 eine JAL-Maschine entführten und seither, offenbar unbehelligt, in Nordkorea leben, sowie die Aufklärung der genannten Entführungsfälle.

Bei der letzten Runde der seit zwei Jahren geführten Normalisierungsgespräche zwischen Vertretern beider Staaten im August waren es vor allem diese Entführungen und Pyöngyangs Raketenentwicklungs- und -Stationierungsprogramm, über die keine Einigung zu erzielen war und die schließlich zum Abbruch der Gespräche führten.

Erste Berichte in der südkoreanischen Presse, wonach Madeleine Albright Pyöngyang tatsächlich Zugeständnisse abgerungen hat, das Raketenprogramm zumindest vorübergehend einzustellen, werden in Tokyo durch tagespolitischen Streit um Wahlgesetzreform und die Eignung Moris als Regierungschef (sinnigerweise kommen von jungen Abgeordneten aus der LDP auch bereits Rücktrittsforderungen) in den Hintergrund gedrängt.

Die Bedingungen, die Pyöngyang an eine Normalisierung seiner Beziehungen mit Japan knüpft, reduzieren sich – sieht man von den für dieses Regime typischen provokativ und propagandistisch formulierten Ausschmückungen ab – auf Übernahme der historischen Verantwortung und auf Kompensation zugefügter Schäden.

Wenn Pyönyang heute – mehr aus opportunistischen Beweggründen denn im Sinne einer Vertretung der Interessen aller Koreaner – Japan zur Kompensation der in der Zeit der Kolonialherrschaft auf der koreanischen Halbinsel begangenen Untaten auffordert, reagiert Tokyo jedoch nicht ganz zu Unrecht kühl. Aus japanischer Sicht ist die Teilung Koreas und die Vernachlässigung des koreanischen Volkes seitens der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges dem Japan nach 1945 nicht anzulasten. Denn die zu jener Zeit noch nicht souveräne und junge demokratische Regierung in Tokyo hat sich, bedingt durch die sich abzeichnende Ost-West-Konfrontation, wenigstens um den freien Teil Koreas bemüht.

Pyöngyangs neuer Pragmatismus ist aber nicht zuletzt wirtschaftlich motiviert. Nordkorea benötigt unbedingt massive finanzielle Hilfe und bis auf weiteres auch Lebensmittel für seine darbende Bevölkerung. So ist es sowohl an einer Wiederinkraftsetzung von Handelsversicherungen – sie sind seit 20 Jahren ausgesetzt – wie auch an einem Beitritt zur Asian Development Bank interessiert. Gelänge es Tokyo, sich jetzt mehr auf seine internationale Rolle zu besinnen und zum Beispiel ein attraktives ökonomisches Hilfspaket für Nordkorea zu schnüren, dürften auch die Aussichten für die Aufklärung der Entführungsfälle nicht schlecht sein.

Südkoreas Präsident Kim Dae-jung wird jedenfalls nicht müde, Tokyo zu mutigen und pragmatischen Schritten aufzufordern. In Seoul ist man sich bewußt, daß Südkoreas finanzielle Möglichkeiten bei weitem nicht ausreichen werden, die zur Normalisierung und friedlichen Koexistenz (als Vorstufe zu einer Wiedervereinigung, wie es in der gemeinsamen Erklärung zum Abschluß des Nord-Süd-Gipfels heißt) erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen durchzuführen.

Wahlrecht für Japans koreanische Minderheit?

Bereits im Blick auf den Japanbesuch des südkoreanischen Präsidenten Kim Dae-jung im September sah Tokyo sich gezwungen, eine alte Zusage an Südkorea aufzugreifen. Tokyo hatte unter dem früheren Regierungschef Keizo Obuchi versprochen, der koreanischen Minderheit (mit 638 000 Personen die größte ethnische Minderheit unter den 1,5 Millionen Ausländern mit permanentem Aufenthaltsrecht in Japan) das kommunale Wahlrecht einzuräumen. Über die damit verbundene Frage der Reform der Wahlgesetze ist nun ein offener Streit entbrannt, der die Opposition veranlaßte, die Parlamentsdebatten wochenlang zu boykottieren. Die aktuelle Diskussion auch in den Präfekturparlamenten läßt erkennen, daß selbst innerhalb der regierenden LDP die Abgeordneten in dieser Frage gespalten sind.

Die Forderung Kim Dae-jungs nach Revision des Wahlrechts, zumindest bezogen auf die in Japan lebenden Koreaner, ist jedenfalls nicht verwunderlich. Zumal es sich bei diesen Koreanern um Nachkommen der zwangsweise übersiedelten Koreaner aus der Zeit der japanischen Kolonisation handelt.

Ministerpräsident Yoshiro Mori, dem von den Befürwortern des Wahlrechts für Ausländer vorgeworfen wird, keine klare Position zu beziehen, wird kaum in der Lage sein, bis zum Jahresende ein positives Ergebnis zu präsentieren. In der japanischen Presse wird bereits gemutmaßt, daß eine Verabschiedung eines neuen Wahlrechts frühestens in der nächsten Legislaturperiode erfolgen wird. Kims Namensvetter aus dem Norden wird sehr genau beobachten, inwieweit und vor allem ob Tokyo in der Lage ist, diese spezielle Frage der „Vergangenheitsbewältigung“ zu lösen.

Tokyos Koreapolitik nur im Konsens mit den USA

Sowohl innen- als auch außenpolitisch stellt eine neue Koreapolitik Tokyo vor ein Dilemma. Seit die USA mit ihren Plänen für eine nationale Raketenverteidigung (NMD) eine Neuauflage der satellitengestützten Raketenabwehr (TMD) proben, gerät die japanische Regierung nicht zuletzt wegen der gerade mit Mühen verabschiedeten neuen Verteidigungsrichtlinien unter US-Druck. Ist schon die Frage des in Südkorea stationierten US-Militärs eine der besonders kritischen Ta-

gungspunkte in den Nord-Süd-Gesprächen, könnte Pyöngyang die geballte US-Streitmacht auf Okinawa nach bewährtem Muster jederzeit sowohl als Grund zum Abbruch seiner Normalisierungsgespräche mit Tokyo als auch zur Erpressung weiterer Zugeständnisse an japanischen Wirtschaftshilfen, insbesondere Lebensmittellieferungen nutzen.

Tokyo ist weiterhin gezwungen, seine Koreapolitik nur im Konsens mit den USA zu formulieren. Ein authentisches und eigenständiges konzessionsbereites Zugehen Tokyos auf Pyöngyang – etwa in Form des Angebots, das US-Militär auf Okinawa zu reduzieren – könnte sowohl den wegen Okinawa ohnehin stark belasteten Sicherheitsvertrag mit den USA gefährden, unter Umständen aber auch eine Normalisierung der Beziehungen zu Nordkorea in weite Ferne rücken.

Gefahren der aktuellen Nordkorea-Euphorie

Angesichts der sich überschlagenden Ereignisse seit dem epochalen Nord-Süd-Gipfel der beiden koreanischen Teilstaaten sollte um der Zuverlässigkeit und Vertrauenswürdigkeit der Außenpolitik und Diplomatie westlicher Staaten willen ein gewisses Maß an Vorsicht gegenüber Regimen wie dem in Pyöngyang nicht fehlen. Ob für Japans Zurückhaltung gegenüber Nordkorea dieses „Vorsichtsmotiv“ leitend ist, hat dabei nur sekundäre Bedeutung.

Einem nüchternen Betrachter der Asienpolitik der Noch-Clinton-Administration fällt auf, daß sich lange Zeit propagierte Vorsätze in der aktuellen Nordkoreapolitik der USA – speziell im Hinblick auf Amerikas Bündnisverpflichtungen gegenüber Südkorea und Japan – seit Juni kaum noch widerspiegeln. Die in den letzten Jahren regelmäßig wiederholte Feststellung, daß schließlich der japanisch-amerikanische Sicherheitsvertrag die wichtigste Säule für Frieden und Stabilität in Asien ist, widerspricht in Tokyoter Sicht den diplomatischen Kehrtwendungen der letzten Monate, die keine Rücksicht nehmen auf den vorgeblich zuverlässigsten und wichtigsten Partner der USA in Asien.

Hatte man im Juli noch keine Hemmungen, eine zur UNO-Vollversammlung entsandte Delegation aus Pyöngyang in Frankfurt bei einer Zwischenlandung einer besonders intensiven und daher als Beleidigung empfundenen Sicherheitsüberprüfung zu unterziehen (mit Recht, denn Nordkorea steht bis heute auf der Liste der Terrorstaaten), wurde im Oktober bereits Nordkoreas dritter Mann von Clinton empfangen und reichte die amerikanische Außenministerin in Pyöngyang dem ehemaligen Erzfeind medienwirksam beide Hände. Auch die wechselseitige Zusicherung Südkoreas, der USA und Japans, in bezug auf Nordkorea nur nach intensiven gegenseitigen Konsultationen und nur im Konsens Schritte zu unternehmen, ist offenkundig in der Hektik hochrangiger Nordkoreabesuche (nicht nur aus den USA) untergegangen. So gesehen mag die zur Zeit schwache Regierung in Tokyo ein Glücksfall sein. Denn wären Männer wie Ozawa oder Ishihara in der Regierungsverantwortung, wäre der Preis für Amerikas Annäherung an Nordkorea sehr viel höher, unter Umständen sogar mit dem Risiko eines Bruchs der Allianz verbunden.

Lehren aus dem ASEM-Gipfel

Den 3. ASEM-Gipfel hat Seoul verständlicherweise auch genutzt, die Teilnehmer für die Lösungsvariante seiner „Koreanischen Frage“ zu gewinnen. Der Gipfel hätte für die europäischen Staatsmänner eine Chance sein können, bei aller grundsätzlichen Zustimmung zu Kim Dae-jungs Bemühungen um einen friedlichen Weg zu Koexistenz und späterer Wiedervereinigung jene Vorsicht walten zu lassen, die ein Engagement des Regimes in Pyöngyang erfordert. Statt dessen gewannen die Beobachter in Seoul eher den Eindruck, als begänne ein Wettlauf europäischer Staats- und Regierungschefs um die Gunst eines Kim Jong-il.

Bei aller Würdigung und Berücksichtigung der für die Koreaner zweifellos unzumutbaren Situation auf der Halbinsel stellt sich die Frage, ob Japan als immer noch stabilstes, demokratischstes und nicht zuletzt auch noch finanzkräftigstes Land in Asien

zugunsten eines nach wie vor menschenverachtenden Regimes übergangen werden darf. Schließlich verhungern auch nach dem Besuch von Madeleine Albright tagtäglich zahlreiche Kinder in Nordkorea, während die Führung in Pyöngyang die internationalen Lebensmittelhilfen vornehmlich zur Eigenbedarfsdeckung mißbraucht.

Eine eigenständige Politik Europas in Asien

Für eine eigenständige Politik Europas in Asien wäre eigentlich jetzt der richtige Zeitpunkt. Gerade weil im Gegensatz zu den USA keine komplexen Interessenlagen oder überlappenden Bündnisverpflichtungen bestehen, welche die Diplomatie oft erschweren, sollte Europa in dieser Phase, in der sich grundlegende Veränderungen abzuzeichnen scheinen, die Beziehungen zu verläßlichen Partnern pflegen und diese nicht brüskieren. Gegenüber neuen Dialogpartnern sollte es sich nicht von kurzfristigen Überlegungen oder der vagen Aussicht auf vermeintliche historische Pluspunkte leiten lassen.

Selbstverständlich kann es weder Aufgabe noch Absicht Europas sein, eine kurzsichtige US-Politik zu kompensieren oder gar zu ersetzen, die das wichtigste Stabilitätsbündnis Asiens schwächt. Zum Nacheifern amerikanischer Zickzackpolitik in Asien besteht aber ebensowenig Anlaß. Ein diplomatisches Strohfeuer in der Beziehung zu Nordkorea, erkauft mit einer schleichenden Isolierung bzw. Vernachlässigung Japans, könnte langfristig Asiens Stabilität mehr Schaden zufügen als eine besonnene Zurückhaltung gegenüber Pyöngyang, dessen Zuverlässigkeit schließlich erst noch bewiesen werden muß.

Nachweis in öffentlich zugänglichen Datenbanken nicht gestattet.
Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Wissenschaft und Politik ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der SWP gestattet.